

Jetzt da der Volksaufstand in Syrien in den sechsten Monat geht, wird offensichtlicher, dass das derzeitige Regime in Damaskus sich im Endstadium befindet. Während das Regime weiterhin an der Macht festhält und die Protestbewegung brutal niederschlägt, bringt es auch zwei seiner Hauptaushängeschilder zum Einsatz: eine Antiimperialismus- oder Widerstandsideologie und das Wirtschaftsmodell eines sozialistischen Wohlfahrtsstaates. Dem ersten Punkt wurde einiges an Aufmerksamkeit gewidmet; in diesem Artikel untersuchen wir jedoch den zweiten, in der Hoffnung, den Verlauf der Wirtschaftspolitik des Regimes zu hinterfragen und einen Aspekt des Aufstandes besser zu beleuchten.

Aufstände in Syrien: Auf der Suche nach der Schnittmenge – zwischen Autoritarismus und Neoliberalismus

Von Omar S. Dahi und Yasser Munif

Die politische Führung Syriens hat der Autonomie gegenüber oppositionellen Kräften innerhalb und außerhalb des Landes großen Wert beigemessen. Wenn man jedoch den Verlauf der wirtschaftlichen Liberalisierung zurückverfolgt, lässt sich ein allmählicher Verlust dieser Autonomie feststellen, und zwar aufgrund der sich herausbildenden Gemengelage innerhalb des Regimes. Anders als andere Entwicklungsländer, die einer Schocktherapie unterworfen wurden, erfolgte die wirtschaftliche Liberalisierung Syriens schrittweise und durchlief unter der Führung von Hafiz al-Asad drei unterschiedliche Phasen, wobei von Bashar al-Asad sofort nach seiner Machtübernahme eine vierte eingeleitet wurde. Diese Prozesse führten zur Auflösung des Modells der politischen Konsolidierung, die von der Baath-Partei allmählich aufgebaut worden war und von Asad nach seiner Machtübernahme weiter verfeinert wurde. Sie verdeutlichen, dass es eine organische Beziehung zwischen dem Aufkommen der Marktwirtschaft und der Zwangsherrschaft gab: die beiden Prozesse bedingten sich gegenseitig. Das neoliberal-autoritaristische Modell steigerte jedoch auch die Möglichkeit der sozialen Revolte.

Nach dem Baath-Staatsstreich im Jahr 1963 entwickelte die aufkommende pan-arabische Partei eine Form des Sozialismus, die von Gamal Abdel Nassers Wirtschaftsplanung und Verteilung von Reichtum inspiriert war. Die pan-arabische Partei hatte großen Einfluss auf Schullehrer und Intellektuelle, bis sie sich im Jahr 1952 mit der Arabischen Sozialistischen Partei Akram al-Hawranis zusammenschloss. 1 Hawrani war ein effektiver Organisator und anti-feudaler Agitator unter der Bauernschaft gewesen, und mit dem Zusammenschluss gewann die Baath-Partei eine beachtliche Basis unter den Bauern. Als die Baath Partei an die Macht kam, bestand eines der wichtigsten Anliegen darin, das Leben der Arbeiter und Bauern zu verbessern und die Hegemonie der sunnitischen Grundbesitzer- und Händlerelite zu schwächen, die zuvor die Staatsmacht und einen Großteil der Wirtschaft unter ihrer Kontrolle hatten. Ein Drittel des Agrarlandes wurde neu an landlose Bauern verteilt. Der Bankensektor und die größten Industriezweige wurden verstaatlicht, während der Außenhandel zum Monopol des Staates wurde. Um ihr Programm durchzusetzen, setzte die Partei zur Disziplinierung unzufriedener Gruppierungen und zwecks Unterdrückung jeglichen organisierten Widerstands Gewalt ein. Die Zeit von Mitte bis Ende der 1960er war geprägt von intensiven politischen Konflikten zwischen verschiedenen innerparteilichen Fraktionen, zwischen 'radikalen' und 'pragmatischen' Flügeln. Gleichzeitig bahnte sich der Verteidigungsminister Hafiz al-Asad seinen Weg zur Spitze, indem er Rivalen außerhalb und innerhalb der Partei aus dem Weg schaffte. Die Debatten zwischen den verschiedenen Fraktionen wurden schließlich im Jahr 1970 durch einen unblutigen von Asad angeführten Staatsstreich "gelöst". Das Aufkommen der konservativen Fraktionen leitete eine neue Ära ein. 2

Sobald er an der Macht war, leitete Asad ein Programm ein, um die in den paar Jahren zuvor umgesetzten progressiven Maßnahmen der von Salah Jadid angeführten 'radikalen' Fraktion der Baath-Partei rückgängig zu machen oder zu stoppen, vor allem was die Landreform und Einschränkungen im privaten Handelssektor anbetraf. Auf der Oberfläche handelte es sich bei dem

vom Regime verfolgten Entwicklungsmodell um eine Importersatzindustrialisierung, die darin besteht, dass der Staat die Kommandohöhen der Wirtschaft übernimmt, Infrastrukturprojekte in die Wege leitet sowie industrielle Produktionsstätten einrichtet und quantitative Einschränkungen über den internationalen Handel verhängt. Gleichzeitig wurde ein großer Teil der Bevölkerung durch Einbeziehung in die massive syrische Bürokratie unter die direkte Kontrolle des Staates gebracht. Da jedoch die städtischen Arbeiter und die Bauern zwei wichtige gesellschaftliche Basen des Regimes darstellten, bestand der Zweck des staatlich kontrollierten Entwicklungsprogramms eher darin, sie vor dem Markt zu schützen als sie seiner Disziplin zu unterwerfen. Das bedeutete, dass das Regime zwar wichtige industrielle und gewerbliche Projekte in die Wege leitete, aber nicht in der Lage war, sie zu einer Quelle der Kapitalanhäufung zu machen, und der Staat eine Verteilerrolle beibehielt, angewiesen auf Einnahmen aus dem Ölgeschäft, Entwicklungshilfe und andere Zuwendungen. Der Mangel an lebensfähigen Manufaktur- und Industriesektoren bedeutete, dass der nicht mit Öl verbundene Handel größtenteils auf den Agrarsektor beschränkt blieb, d.h. entweder auf die Produktion oder die Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Mit anderen Worten, das Regime benutzte seine Öleinnahmen, um Sozialprogramme wie kostenlose Bildung, subventionierte Produkte und kostenlose Gesundheitsfürsorge aufrechtzuerhalten. Mit Pierre Bourdieus Worten ausgedrückt, das Regime benutzte die "linke Hand" des Staates, die in den verschiedenen Wohlfahrtsprogrammen bestand, um die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern. Wie Bourdieu jedoch erklärt, besteht das Hauptziel des Staates darin, die Machthierarchie zu bewahren, unabhängig davon, ob dies durch einen Konsens oder mittels Gewalt erreicht wird. Das erklärt, warum der Staat angesichts einer Krise mit seiner "rechten Hand" regiert, indem es seine Techniken des Zwangs und der Gewalt einsetzt, um Proteste und gesellschaftliche Bewegungen, die seine Legitimität in Abrede stellen, niederzuschlagen. Bauern, Arbeiter und Berufsverbände (wie z.B. Anwaltsverbände) verloren trotz Einbindung und offizieller Repräsentation innerhalb des Regimes allmählich jegliche Autonomie – die Führungspositionen wurden zunehmend per Anordnung von oben und nicht qua Wahl vergeben, streng auf Loyalitätserwägungen basierend.

Der Asad-Kult

Um seine Macht zu festigen, verließ sich Asad zunehmend auf das Militär und die Geheimpolizei, und zwar zusätzlich zur Gründung einer Prätorianergarde, die unter der Führung seines Bruders Rifaat im rechtsfreien Raum operierte. Die syrische Gesellschaft lebte in einem permanenten Ausnahmezustand. Unter seiner Herrschaft gab es keine syrischen Staatsbürger, sondern nur syrische Untertanen. Die Kehrseite von Asads Strategie war eine allmähliche Isolierung der herrschenden Oligarchie. Die Wirtschaftspolitik und Sicherheitslogik erhöhten die gesellschaftliche Entfremdung und den potentiellen Widerstand gegen den Staat. Lisa Wedeen führt jedoch auch an, dass der in den 1970ern vom damaligen Informationsminister Ahmed Iskandar Ahmad entwickelte 'Asad-Kult' des Regimes sich einer Mischung aus Spektakeln, Rhetorik und Ritualen bedient, die Asad als eine Art Gott darstellen, womit zwar keine Legitimität oder 'Hegemonie' im Sinne Gramscis, aber dennoch Gehorsam erzielt wird. Wenngleich laut Wedeen niemand wirklich an den Asad-Kult glaubte, so habe allein die Fähigkeit des Regimes, Menschen dazu zu bringen, so zu tun 'als ob', eine Aura der absoluten Macht und Unbesiegbarkeit geschaffen. Der Kult führte auch zur Entpolitisierung der Bevölkerung und zu deren Verwicklung in Aktionen des Regimes, obwohl er so übertrieben ist, dass er regelmäßig zu Überschreitungen einlädt, die den Kult an sich untergraben. 3

Asads Herrschaft stand im Jahr 1976 erstmals vor einer ernsthaften Herausforderung. Dem Regime gelang es nicht, ein langes Stagnieren des Lebensstandards vieler Syrer zu verhindern. Zudem war es nicht willens, mehr Einbeziehung in der politischen Sphäre zuzulassen. Das führte im Ergebnis zur Radikalisierung der linken Opposition, vor allem zum Aufstieg der syrischen 'Neuen Linken', verkörpert durch die Liga Kommunistischer Aktion, sowie zur Erhebung der Muslimbruderschaft. Einerseits handelte es sich dabei um eine politische Krise aufgrund der absolutistischen Herrschaft des syrischen Generals. Zusätzlich zum seit 1963 geltenden Ausnahmezustand führte der Staat einen brutalen Krieg gegen jegliche Form politischer Organisation, und die elementarsten Grundrechte der Bürger wurden verletzt. Der Konflikt zwischen dem Staat und gesellschaftlichen Bewegungen

(Gewerkschaften, Muslimbruderschaft, linkspolitische Parteien) nahm verschiedene Formen an, von der unabhängigen Organisierung innerhalb von Gewerkschaften über Proteste bis hin zu Attentaten und bewaffneten Zusammenstößen mit der Polizei und Sicherheitskräften in Hama und Damaskus. Es handelte sich aber auch um eine sozioökonomische Krise, da die von der herrschenden Oligarchie umgesetzte Politik zur allmählichen Ansammlung von Reichtum und Landbesitz aufseiten der alten Grundbesitzer und der neu aufkommenden Bourgeoisie führte. Der Prozess der Kapitalanhäufung außerhalb städtischer Gebiete war profitabel für die wohlhabenden Grundbesitzer, die einen Großteil der Bauern enteigneten und ihres Landes beraubten. In der Stadt sank der Lebensstandard der Mittelschicht, während der Spielraum für politisches Handeln dahinschwand. Syrische Gefängnisse mit Zehntausenden politischer Gefangener zu füllen und sie regelmäßig zu foltern stellte sich als unzureichend heraus. Um den politischen Krisen ein Ende zu setzen und um zu verhindern, dass die Erhebung der Muslimbruderschaft ihr Ziel erreicht, ließ das Regime – mit seiner 'rechten Hand' – seinen repressiven Apparat auf die Bevölkerung los. Bei den Massakern von Hama im Jahr 1982 kamen zwischen 10 und 20 000 Menschen ums Leben.

Die Wirtschaftspolitik des Asad-Regimes führte Mitte der 1980er Jahre zu einer zweiten Krise. Zur Lösung der akuten Schuldenkrise zog eine Fraktion der herrschenden Klasse in Erwägung, sich von der Weltbank und dem IMF helfen zu lassen. Der Preis eines solchen Handelns wäre jedoch gewesen, die Vorgaben internationaler Institutionen zu akzeptieren, wozu die syrische Elite nicht bereit war. Anstatt die Weltbank mit einzubeziehen, nahm man sich der Situation auf nationaler Ebene an. Dennoch entschied sich das Regime unter dem Einfluss eines zunehmend mächtigen Unternehmertums für eine weitere Liberalisierung der Wirtschaft. Nach einer ernsthaften Devisenkrise im Jahr 1986 kündigte der Staat eine Ära des wirtschaftlichen Pluralismus an (*ta'adddiyya*). Er verabschiedete politische Beschlüsse, die es dem Privatsektor erlaubten, freier zu investieren, öffnete weitere Sektoren für den privaten Handel – ohne Preisbindung und mit verringerten Zuschüssen – und lockerte die Handels- und Devisenbestimmungen. Der Allgemeine Bund der Arbeiterverbände bereitete als Reaktion auf die Krise einen eigenen Bericht vor, in dem eine stärkere Kontrolle der Wirtschaft vonseiten der Regierung gefordert wurde und Syriens Abhängigkeit von der globalen Wirtschaft sowie das Aufkommen nichtherstellender [Gewerbe]Sektoren für die Krise verantwortlich gemacht wurden. Die Tatsache, dass die Vorschläge dieses Bundes sich auf die aufkommenden Unternehmer-Eliten beschränkten, bezeugt den beständig schrumpfenden Einfluss einer der gesellschaftlichen Basen des Regimes – ein Trend, der sich im drauffolgenden Jahrzehnt fortsetzen sollte. Es ist dieser Kontext, der den Weg für die Verabschiedung des Investitionsgesetzes Nr. 10 von 1991 ebnete, wodurch Neuinvestitionen für mehrere Jahre von der Besteuerung ausgenommen wurden. Mehrere Faktoren führten zu einer weiteren Liberalisierung in den 1990ern. Der Privatsektor wurde zu einem ernsthaften Konkurrenten des öffentlichen Sektors.

Bashar al-Asads Aufstieg zur Macht

Darüber hinaus wurde der Zusammenbruch der Sowjetunion und Osteuropas als das Ende der sozialistischen Ideologie betrachtet. Überbleibsel marxistischen Diskurses wurden aus den Schriften des Regimes und universitären Lehrplänen getilgt. Ganz allgemein verknüpfte die syrische Wirtschaft sich stärker mit dem globalen Kapitalismus. Die vom globalen Finanzmarkt abhängige kapitalistische Klasse wurde stärker als die der örtlichen Unternehmer. Die Bedingungen, unter denen Angestellte des Staates arbeiteten, verschlechterten sich rapide, während der Privatsektor zum Gewinner der Neoliberalisierung aufstieg. Auf der Führungsebene der Baath-Partei zeichneten sich diese Widersprüche scharf ab. Um dieses Problem zu lösen begann das Regime, die Rolle der Partei in bestimmten Sphären zu marginalisieren. Zu jenem Zeitpunkt war der Prozess der 'Ent-Baathifizierung' der Wirtschaft unverkennbar. Die Baath-Partei an sich, als Zentrum der Entscheidungsfindung und Beratungen, machte dem Einfluss wichtiger Geschäftsmänner Platz.

Bashar al-Asads Aufstieg zur Macht war begleitet von dem Versprechen der politischen und wirtschaftlichen Reform – nach einem kurzen Flirt mit der Ersteren wurde jedoch nur die Letztere

umgesetzt. Der 'Damaszener Frühling' führte zu einer zahlreichen Vermehrung unabhängiger Zeitschriften, intellektueller Foren und zivilgesellschaftlicher Organisationen, die in verschiedenen Erklärungen oder Manifesten gipfelte (wie z.B. die 'Erklärung von 99'), in denen mehr Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit, ein unabhängiges Gerichtswesen sowie die Abschaffung von Sondergerichten, Kriegsrecht und Notstandsgesetzen gefordert wurden. Die meisten zivilgesellschaftlichen Forderungen waren maßvoll und kalkuliert – nirgends wurde der Sturz des Regimes oder ein radikaler politischer Wandel gefordert. Die Regierung griff jedoch trotzdem rigoros durch, und der "Frühling" wurde bald zum "Winter" mit dem berühmten Interview, das Bashar al-Assad Al-Sharq al-Awsat im Februar 2001 gab und das einen Diskurswechsel aufseiten der Regierung signalisierte:

„Wenn die Konsequenzen einer Handlung der Stabilität des Heimatlandes schaden, gibt es zwei Möglichkeiten ... entweder ist der Täter ein ausländischer Agent, der im Auftrag einer außen stehenden Macht handelt, oder er ist einfach eine Person, die ohne Absicht handelt. Doch in beiden Fällen wird den Feinden des Landes ein Dienst erwiesen und folglich wird mit beiden ähnlich verfahren, ungeachtet ihrer Absichten oder Motive.“ 4

Die Mitteilung des Regimes wurde im ganzen Land verbreitet, und zwar vom damaligen Vizepräsidenten Khaddam – der später abtrünnig wurde und sich jetzt als demokratischer Reformler ausgibt –, der wiederholt sagte, dass diese liberalen Intellektuellen Verbindungen zu ausländischen Geheimdiensten oder Botschaften hätten und sie zur Zerstörung des Landes führen würden. Man muss sich nur vergegenwärtigen, dass der politische Aktivismus während des "Damaszener Frühlings" zumeist um die Printmedien, öffentliche Foren und offizielle Erklärungen kreiste – es ging fast niemand auf die Straße (mit Ausnahme einiger kleinerer Proteste, die ausbrachen, als das Atasi-Forum geschlossen wurde und Aktivisten in Militärgerichten unfairen Verhandlungen ausgesetzt wurden.)

Nach Bashars Machtübernahme im Jahr 2000 stieg die Abhängigkeit des Staates vom Privatsektor in beträchtlichem Maße; jedoch handelte es sich eher um einen qualitativen als um einen rein quantitativen Wandel. Zuvor hatte die wirtschaftliche Liberalisierung schrittweise und allmählich stattgefunden, und größtenteils als Reaktion auf Krisen. Unter Bashar al-Assad fand ein entscheidender Umschwung in Richtung Marktwirtschaft statt. Die wirtschaftliche Führung unter Assad beschloss, und vielleicht mit gutem Grund, dass das alte Modell nicht aufrechtzuerhalten war. Das Modell vollends zu verwerfen stellte ein Dilemma dar: konnte das Regime es sich leisten, seine wichtigsten Basen, nämlich die städtische Arbeiterschaft und die Bauern, fallen zu lassen? Die Führung debattierte darüber, ob sie sich für eine aggressive Neoliberalisierung oder für eine allmähliche Liberalisierung entscheiden sollte. Das sogenannte „chinesische Modell“ wurde zum Mantra syrischer Staatsbeamter. Im Laufe des vergangenen Jahrzehnts hat die Regierung den Handel enorm liberalisiert (z.B. Gesetzesbeschluss 61 im Jahr 2009), wozu auch gehört, dass sie nicht länger das Monopol für den Importhandel hat und der Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch die Abschaffung des Exportzolls liberalisiert worden ist.

Dardari und der Neoliberalismus

Auf nationaler Ebene bedeutete das auch, dass die meisten Bedarfsgüter von der Preisbindung befreit wurden (durch das "Wettbewerbs- und Anti-Monopol-Gesetz" von 2008). Zum ersten Mal wurden private Banken zugelassen und eine Börse eingerichtet. Die Wettbewerbsfreiheit auf dem Immobilienmarkt sowie der Schutz des Privateigentums wurden per Gesetz gestärkt, wozu auch gehört, dass Jahrzehnte alte Pachtgesetze nichtig wurden und es Vermietern erleichtert wurde, Mieter aus Häusern mit ehemals gebundener Miete zur Räumung zu zwingen (Miet- und Immobiliengesetz Nr. 6). Die staatliche Subventionierung des Energiesektors wurde eingestellt, was sich insbesondere auf die Preise für Diesel, Benzin, Gas und zunehmend auch auf die für Strom auswirkte, und die Auflagen für Investitionen im landwirtschaftlichen und industriellen Bereich wurden gelockert. Wegen der geringeren Einnahmen aus dem Ölgeschäft, die innerhalb von fünfzehn

Jahren beinahe um die Hälfte sanken, wurde schließlich eine Strukturanpassung vorgenommen. Die Strategie des Regimes hatte zur Folge, dass der öffentliche Sektor zusätzlich an den Rand gedrängt wurde, während dem Privatsektor und den an der New Economy beteiligten Schichten eine führende Rolle zukam.

Das Ausmaß der Liberalisierung und der Rückzug des Staates waren in Syrien nicht so dramatisch wie z.B. in Ägypten und Tunesien. Diese Staaten standen jedoch Modell für die Aspirationen Syriens. Dass die besagten Liberalisierungsschritte einen grundlegenden Richtungswechsel für die Wirtschaft darstellten, kündigte sich durch gewichtige politische Grundsatzserklärungen an. Während des Zehnten Regionalkongresses der Baath-Partei wurde mit dem Terminus 'soziale Marktwirtschaft' das neue Wirtschaftsmodell für Syrien eingeführt. Obwohl das Adjektiv 'sozial' beibehalten wurde, vermutlich um zu signalisieren, dass manche Aspekte des Wohlfahrtsstaates erhalten bleiben würden, wies dies auf einen entscheidenden Trend zur Marktwirtschaft hin. Jedenfalls waren die politischen Maßnahmen in ihrer Durchführung eher 'marktwirtschaftlich' als 'sozial', und der syrische Staat erwies sich als unfähig oder als nicht willens, die rational-formale Rolle zu spielen, die zur Lenkung eines sich in der Entwicklungsphase befindlichen sozialen Wohlfahrtsregimes erforderlich ist. Stattdessen entstand eine zunehmend räuberische neoliberale Wirtschaft, mit Hauptaugenmerk auf den Konsum, unproduktive Investitionen und die wachsende Bedeutung des Dienstleistungssektors. Ein weiterer Hinweis auf diesen neuen Trend ist die Tatsache, dass der linkspolitische Leiter der Planungskommission, Tayseer Al-Radawi, durch den Wirtschaftsliberalen Abdallah al-Dardari ersetzt wurde, nachdem Ersterer seine Besorgnis angesichts der wachsenden sozialen Ungleichheit und der Marginalisierung von Bauern und städtischen Arbeitern – zwei gesellschaftliche Kräfte, die zur traditionellen Basis des Regimes gehören – zum Ausdruck gebracht hatte.

Das beste Symbol für diesen 'autoritaristischen Neoliberalismus' ist die Rolle von Bashar el-Asads Cousin Rami Makhluף, der alle wichtigen Wirtschaftssektoren mit einer Logik des *laissez-faire* unterwandert hat. Wenn die 'unsichtbare' Hand des Marktes ihm nicht genehm war, bediente er sich der Nötigung, um seine Ziele zu erreichen. Als Riyad Seif, Regimekritiker und Parlamentsmitglied, einen Mobiltelefonfirmen-Deal, an dem Makhluף beteiligt war, hinterfragte, wurde Seif inhaftiert. Währenddessen wuchs das Wirtschaftsimperium von Makhluף innerhalb von weniger als zehn Jahren auf einen Gesamtwert von mehr als 3 Milliarden Dollar an. Einer der Sektoren, für die er beinahe das Monopol hat, ist die mobile Telekommunikation. Interessanterweise ist dieser Sektor symptomatisch für die Grausamkeit des autoritaristischen Neoliberalismus (Mobilfunknetze werden in Gegenden eingerichtet, in denen die Trinkwasserversorgung nach wie vor beschränkt ist), und – was noch schwerer wiegt – es handelt sich dabei um einen strategischen Sektor zur Sammlung von Informationen und die Überwachung der Bevölkerung. Die neoliberalen Praktiken von Makhluף and ähnlichen Leuten haben den Lebensstandard der syrischen Bevölkerung in den letzten zehn Jahren zugrunde gerichtet. Seit den Zeiten der syrisch-ägyptischen Union (UAR 1958-61) ist der Reichtum nie so ungleich verteilt gewesen – 50% des Reichtums konzentriert sich auf 5% der Bevölkerung. Gleichzeitig hat die herrschende Klasse einen wichtigen, wenn auch allmählichen Übergang von der Planwirtschaft zu einer neoliberalen Wirtschaft vollzogen, der zur Folge hat, dass 30% der Bevölkerung arbeitslos sind und zwischen 11% und 30% unterhalb der Armutsgrenze leben.

Früher fragte sich die herrschende Klasse „was *kostet* es, die Macht zu bewahren?“ Die Antwort war entscheidend für das Gefüge politischer Allianzen und die Aufteilung der Macht zwischen verschiedenen sozialen Gruppen, der Partei, dem bürokratischen Apparat und der herrschenden Oligarchie. In jüngerer Zeit hat die Oligarchie damit aufgehört, Koalitionen zu schmieden. Die Militärjunta *wurde* zur neuen Bourgeoisie. Die Generäle ersetzten ihre khakifarbenen Uniformen und Militärmützen durch schwarze Anzüge und Krawatten. Es gibt kein Beispiel, das den Esprit der Ära besser veranschaulicht als das, was ein paar Wochen nach Bashars Machtübernahme im Jahr 2000 geschah. Um den geerbten autokratischen Staat zu reformieren, ordnete der junge Präsident an, ein riesiges Bild seines Vaters von einem der größten Plätze in Damaskus zu entfernen und durch eine Werbetafel gleicher Größe für Lipton-Tee zu ersetzen. Vielleicht war der junge Diktator davon

überzeugt, dass die unsichtbare Hand des Marktes die Regimekritik in Luft auflösen würde, ohne den Anschein von Autoritarismus zu erwecken; das Regime beschloss, die Karte des Wirtschaftswachstums zu spielen, unterstützt und begünstigt durch ehemalige Vertreter der Weltbank, die die utopischen Mächte des Marktes propagierten. Die Fusion hatte jedoch ihren Preis. Sie bedeutete, dass die autoritaristische Herrschaft sich zur Erhaltung des Regimes nicht mehr von den neoliberalen Gesellschaftsschichten abgrenzen konnte. Ihr Schicksal war abhängig von einem „gesunden“ Neoliberalismus. Die herrschende Klasse konnte nicht mehr wie zuvor Allianzen eingehen und auflösen; für das Regime wurde der Spielraum für politisches Manövrieren sehr eng. Die Zusammenführung der herrschenden Klassen aus den politischen und wirtschaftlichen Sphären hat die politischen Möglichkeiten verringert. Das Bröckeln des gegenwärtigen Regimes ist deswegen in diese lange Geschichte der Überschneidung von Neoliberalismus und Autoritarismus einzuordnen.

Entkolonialisierende arabische Revolutionen

Die derzeitige Krise hat eine wichtige geohistorische Dimension. Die Macht arabischer Diktatoren wird angefochten, weil das System unabhängiger Nationen, das nach der Entkolonialisierung entstand, an seine Grenzen gestoßen ist und gegenwärtig Risse aufweist. Vor ein paar Jahrzehnten wurden die britischen und französischen Kolonialherren durch Militärjungen und autokratische Herrscher ersetzt, die zumeist eng mit dem Westen verbündet waren. Mit anderen Worten haben die Herrscher die Unabhängigkeit arabischer Staaten veruntreut und altmodischen Kolonialismus durch neokoloniale Regime ersetzt. Während der Kolonialzeit lagerten westliche Regierungen einen Teil der politischen und wirtschaftlichen Gewalt aus ihren eigenen Gesellschaften aus, indem sie diese in Gesellschaften an der Peripherie exportierten. Der Aufbau liberaler Demokratien im Westen war nur möglich, weil der Überschuss an Gewalt in diese Randgebiete exportiert wurde. Liberale Demokratien waren in der Lage, den Interessenskonflikt zwischen den Arbeiterklassen und den Bourgeoisien in Europa und den USA zu lösen, indem sie einen Teil der auf unterdrückte Schichten im Westen ausgeübten Gewalt in die kolonialen Randbereiche auslagerten. Der Aufbau „demokratischerer“ Gesellschaften gründete sich auf den Gewaltexport. Die arabischen Gesellschaften gehörten zu denjenigen, die davon etwas abbekommen haben.

Die gegenwärtigen arabischen Aufstände sollten deshalb nicht nur als Anfechtung des arabischen Autoritarismus gesehen werden, sondern auch als Anfechtung der Abhängigkeit vom Westen. Die *Kosten* des westlichen Neokolonialismus in Kombination mit dem örtlichen Autoritarismus sind zu hoch, um weiterhin getragen werden zu können. Der Daseinskampf arabischer Bevölkerungen und deren Kampf gegen Imperialismus haben gezeigt, dass zumindest ein Teil der westlichen Gewalt nicht in die Randbereiche zu exportieren war. In einigen Fällen haben arabische Bevölkerungen versucht, den Autoritarismus herauszufordern, indem sie sich für das entschieden, was Fanon als das koloniale „Programm des kompletten Chaos“ und die „absolute Gewalt“ bezeichnet hat, doch zumeist ist es ihnen nicht gelungen, die Regime zu stürzen, wie das Massaker von Hama bezeugen kann. Es ist äußerst wichtig, die größtenteils friedlichen Aufstände in der heutigen arabischen Welt in diesen Kontext einzuordnen. Da sie erkannt haben, dass Gewalt gegen eine Diktatur zum Scheitern verurteilt ist, haben arabische Demonstranten beschlossen, die Waffen der Schwachen zu gebrauchen: friedliche Demonstrationen. Damit führen die arabischen Bevölkerungen einen zweifachen Kampf: 1) sie kämpfen gegen arabischen Autoritarismus und 2) sie versuchen auch, den globalen Neoliberalismus anzufechten. Das ist der Grund, warum es der amerikanischen und den europäischen Regierungen widerstrebt, die Forderungen arabischer Gesellschaften zu unterstützen. 5 Der Westen greift nur ein, um diese Aufstände in Schach zu halten, entweder durch deren Militarisierung oder durch Abkommen mit den regressivsten Gruppen, die gewillt sind, die amerikanischen und europäischen Programme in der Region zu fördern. Es ist also der ungeschriebene Pakt zwischen dem Westen und den autoritaristischen Herrschern, der infrage gestellt wird. Letztere haben zugestimmt, eine Portion westlicher Gewalt zu importieren; im Gegenzug soll die „internationale Gemeinschaft“ deren autokratische Herrschaft tolerieren.

Syriens Sonderweg: bei allem Unabhängigkeitsgefasel war das Hauptziel die Aufrechterhaltung des Regimes

Im Kontext des arabischen Autoritarismus hat Syrien einen einzigartigen Sonderweg beschritten. Es hält sich nicht im gleichen Maße an die Diktate des Westens wie das Ägypten Mubaraks oder das Jordanien Abdullahs, aber es hat sich nie wirklich der amerikanischen Weltordnung entgegengestellt, wie es manchmal gerne vorgibt. Es ist bisher unabhängiger gewesen als es die USA gerne hätten, und in einer Ära der völligen Unterwürfigkeit der arabischen Brüder Syriens erschien dies radikal, doch das Hauptziel bei dieser Unabhängigkeit bestand darin, das Regime aufrechtzuerhalten. Seine Beteiligung am libanesischen Bürgerkrieg im Jahr 1976, in dem es an der Seite rechtspolitischer christlicher Milizen kämpfte, um die PLO niederzuschlagen, bezeugt den konservativen Charakter des syrischen Regimes. Im Jahr 1991 beschloss Hafiz al-Asad, sich am Golfkrieg gegen den Irak zu beteiligen, während das Regime seines Sohnes sich an außerordentlichen Aktionen beteiligte, die darin bestanden, syrische Staatsbürger zu foltern, um 'äußerst wichtige' Informationen zu sammeln, die den USA in ihrem 'globalen Kampf gegen den Terror' helfen könnten. Die zurückhaltende Reaktion der EU, „moderater“ arabischer Staaten und der USA während der ersten Monate der Aufstände sowie das allgemeine Stillschweigen vonseiten Israels zeigen, dass der Westen das syrische Regime als ein wertvolles Mittel betrachtet hat, das dabei helfen könnte, die gegenwärtige hegemoniale Machtstruktur in der Region aufrechtzuerhalten, wenngleich sie es vielleicht lieber geschwächt und folglich unterwürfiger sähen. Bis zum syrischen Aufstand verlieh die scheinbar 'widerständlerische' Außenpolitik dem syrischen Regime in den Augen mancher arabischer Bevölkerungen jedenfalls eine gewisse Legitimität. Seine enge Beziehung zum iranischen Regime sowie zu den libanesischen und palästinensischen Widerstandsbewegungen macht es im arabischen Kontext einzigartig. Das Regime dachte, dass diese strategischen Beziehungen es gegen die Welle der Proteste in der arabischen Welt immun machen würde. Bashar el-Asad erklärte vor fünf Monaten, dass Syrien stabil sei und von den „Turbulenzen“ nicht beeinflusst werden würde. In den letzten Monaten hat sich die Strategie des Westens gewandelt, weil das syrische Regime seine Hegemonie verloren hat und für Europa und die USA zur Belastung geworden ist. Wie im Fall Ägyptens, Tunesiens, des Iraks und Libyens wird der Westen vielleicht nach einem wohlwollenden Despoten Ausschau halten, der Bashar el-Asad ersetzt.

Der syrische Aufstand

Was *kostet* es heute, die Macht zu bewahren? Der autoritaristische Neoliberalismus verliert zusehends die Kontrolle über die Gesellschaft sowie seinen letzten Rest an Legitimität. Nach jeder Demonstrationswelle steigt die Zahl der Syrer, die das Regime ablehnen, auch wenn sich bisher in Damaskus und Aleppo nur eine Minderheit an den Demonstrationen beteiligt. Bisher ist es dem Regime gelungen, einen beträchtlichen Teil der Einwohner der beiden großen Städte davon zu überzeugen, dass die Alternativen zu seiner Herrschaft in gefährlichem Sektierertum oder furchtbarem Extremismus bestehen. Die seit mehr als sieben Monaten anhaltende Gewalt gegen friedliche Demonstranten und die Tötungen führen zusehends zu einem Gesinnungswandel in der syrischen Bevölkerung. Mehr und mehr Menschen fordern das Ende des Regimes und sind davon überzeugt, dass es nach den vielen von ihm verübten Verbrechen stürzen muss. Die Polarisierung zwischen dem Regime und dem Rest der Bevölkerung verhindert die Bildung eines neuen Blocks, auf dem das Regime seine Zukunft aufbauen könnte. Die Verhaftung aller Jungen und Männer unter 40 in Deraa veranschaulicht die Schwäche dieses destabilisierten Regimes. Zudem erinnert diese Praxis stark an die Kolonialzeit. Frantz Fanon merkt an, dass entkolonialisierende Mechanismen, einmal in Gang gesetzt, nur sehr schwer zu stoppen sind. Er schreibt in *Die Verdammten dieser Erde*: „Entkolonialisierung bleibt niemals unbemerkt, denn sie konzentriert sich auf das Sein und ändert dieses grundlegend, und sie verwandelt den zu einem nichtigen Dasein gezwungenen Beobachter in einen privilegierten Akteur, der auf wahrhaftig grandiose Weise vom Rampenlicht der Geschichte erfasst worden ist“. Das syrische Regime und die anderen arabischen Regime verstehen nicht, dass ein Geist, der einmal entkolonialisiert worden ist, sich nur sehr schwer aufs Neue kolonialisieren lässt. Die Entkolonialisierung des Geistes irritiert arabische Diktatoren, die oft mehrere Jahrzehnte

lang versucht haben, ihre Bevölkerungen zu „domestizieren“. Noch gravierender ist, dass arabische Regime nicht begreifen, dass selbst wenn sie ihren Untergang heute verhindern können, sie damit ihr Ende nur hinausschieben. Ihre einzige Chance, die verbleibende Macht zu bewahren, besteht darin, mit Erfolg das zu tun, woran Napoleon gescheitert ist. Als im frühen neunzehnten Jahrhundert viele Schwarze in der Karibik von revolutionären Idealen angesteckt worden waren, dachte Napoleon, dass die beste Art, zukünftige Rebellionen zu vermeiden, darin bestünde, die gesamte Bevölkerung von der Insel zu evakuieren und nach Westafrika zurückzuschicken.

Der syrische Aufstand an sich beinhaltet nicht nur eine Ablehnung der herrschenden Elite, sondern sie hat sich bereits über das hinausbewegt, was sich traditionelle Regimekritiker unter dem Ende des Regimes vorgestellt hatten. Die Menschen auf der Straße schaffen eine neue Realität, die dem Rest der Bevölkerung, die auf die eine oder andere Weise mit einer unerträglichen Realität zurechtkommen musste, weit voraus ist. Die Internalisierung des sektiererischen Diskurses und die Unterdrückung haben sich tief in den Köpfen vieler Syrer verwurzelt, und das in Verbindung mit dem systematischen Abbau der Zivilgesellschaft, der nicht nur bedeutete, dass es unmöglich war, bedeutungsvolle Diskussionen über die Zukunft des Landes, die Wirtschaft, menschliche Entwicklung und Demokratie zu führen, sondern auch zu dem Eindruck beitrug, dass es an einer Alternative mangle. Ungeachtet dessen, wie sehr dieser Mangel ein imaginärer gewesen sein mag, viele Syrer fühlten sich einander entfremdet und fürchteten einander, und sie waren anscheinend nicht auf das Ausmaß des Leids so vieler Mitbürger vorbereitet. Unfähig zu begreifen, wie Menschen in den sicheren Tod marschieren können – und jegliche Person, die in Syrien zum Demonstrieren das Haus verlässt, marschiert möglicherweise dem Tod entgegen –, unfähig zu verstehen, wie Menschen sich mit nackten Armen scharfer Munition entgegenstellen können, haben viele in Lügen, Verschwörungstheorien, blankem Hass und Wut auf die Demonstranten Zuflucht gesucht.

Was die syrischen Medien angeht, so haben die sich auf die übelste und widerwärtigste Art der Aufwiegelung gegen die Demonstranten verlegt. Zusätzlich dazu, dass sie das Schreckgespenst der Sektiererei (*fitna*) kreierten, als es keinerlei Beweis für deren Existenz gab, wollten das Regime und die Medien die Bevölkerung zu Komplizen bei den begangenen oder noch zu begehenden Massakern machen. Ein Anrufer nach dem anderen beim syrischen Staatsfernsehen bekundete zur Freude und Ermutigung des Moderators den Wunsch, das Regime möge mit eiserner Faust gegen die ‘Saboteure’ und ‘Verschwörer’ vorgehen.

Die Reaktion des Regimes bestand in einer Mischung von eindeutig nicht aufrechtzuerhaltenden wirtschaftlichen Konzessionen, gepaart mit einer noch finstere Sozialpolitik sowie reiner Gewalt und Brutalität. Was die wirtschaftliche Seite angeht, so wurde eine Lohnerhöhung beschlossen: am 24. März wurden die Zahlungen an Staatsbeamte und Pensionäre um 20 und 30 Prozent erhöht, gepaart mit einer allgemeinen Absenkung der Einkommenssteuer. Selbst wenn man den Verlust an Staatseinnahmen aufgrund niedrigerer Zollgebühren und Steuersätze (um die Preise von Nahrungsmitteln und anderer Grundbedarfsgüter zu senken) nicht mitzählt, so werden sich die Kosten der Lohnerhöhung zusammen mit dem kürzlich angekündigten Sozialfond zur Unterstützung benachteiligter Familien wahrscheinlich auf über 1 Milliarde US-Dollar belaufen oder ca. 6% des gesamten Staatshaushalts der syrischen Regierung, womit es sich eindeutig um eine Form der Bestechung zur Beendigung der anhaltenden Proteste handelt, die sich das Regime nicht leisten kann. Das beste Beispiel für die Apotheose autoritaristischer Herrschaft und neoliberaler Politik ist jedoch der Eifer hochrangiger Geschäftsmänner wie Rami Makhluf, Ayman Al-Jabr, Khaled Abbud und Ahmad Anas al-Shami, ihre Lagerhäuser zu öffnen und sie dem Regime als Strafanstalten zur Verfügung zu stellen, da dessen gigantischen Gefängnisse bereits voll belegt waren.

Die syrische Armee, der Sicherheitsapparat und die Regierung sind – anders als jüngst in Ägypten und Tunesien – der herrschenden Klasse gegenüber immer noch loyal. Sich ihrer zu entledigen ist deswegen offensichtlich komplizierter als in den anderen Fällen. Aufgrund des geringeren Maßes an Institutionalisierung und unabhängigen Institutionen könnte das Ende des Regimes ein sauberer Schnitt sein als in jenen anderen Ländern und eine Chance für den Aufbau von Institutionen auf der

Grundlage des Konsens und der Partizipation. Darüber hinaus ist die [im Durchschnitt] relativ junge Bevölkerung eher ein Segen als ein Fluch. Das heißt, dass es möglich sein wird, Ideologien und Weltansichten durch die demokratische Praxis und den offenen Diskurs in positiver Weise zu formen, statt dass sie unter der autokratischen Herrschaft weiter erstarren und sich verhärten. Die Zeit drängt jedoch, und die Antwort auf die Frage, was es kostet, die Macht zu bewahren, steht noch aus.

Omar S. Dahi ist Professor der Wirtschaftswissenschaften am Hampshire College. Yasser Munif ist Aktivist und Professor am Emerson College. Der Artikel ist vom 5. September 2011. Die Autoren danken Sayres Rudy und Frank Holmquist für hilfreiche Kommentare. Die Redaktion bedankt sich bei Yasser Munif und Omar Dahi für Genehmigung zur Veröffentlichung des Artikels. Aus dem Englischen von Kathrin Möller.

1 Die Gründer der Partei, Michel Aflaq und Salah ad-din al-Bitar waren in Frankreich ausgebildete Schullehrer und von den sozialistischen und säkularistischen Ideen (insbesondere von denen des französischen Sozialismus) beeinflusst. Zaki al-Arsuzi, der auch ein prominenter nationalistischer Denker war, wurde von der jüngeren Generation der Baath-Partei zitiert, vor allem von Asad, der Aflaq und Bitar entthronte und Arsuzi zum 'wahren' ideologischen Gründer der Baath-Partei erhob.

2 Da Asad und viele seiner Verbündeten der alawitischen Minderheit angehörten, haben viele Gelehrte die vielschichtige und komplexe syrische Gesellschaft auf eine Anzahl Sekten mit gegensätzlichen Interessen reduziert. Der irakische Historiker, Hanna Batatu, hat neben anderen gezeigt, dass die „These der Sektiererei“ als alleiniges Erklärungsschema viel zu kurz greift, obwohl er zu bedenken gibt, dass es im Laufe der Zeit immer mehr Alawiten auf der Führungsebene in den Armeeeinheiten und im Sicherheitsapparat gab. Trotzdem ist es falsch zu glauben, das Regime sei 'sektiererisch'. Wie die jüngsten Ereignisse bewiesen haben, handelt es sich um eine komplexe Volkswirtschaft jenseits ethnischer und konfessioneller Grenzen.

3 Lisa Wedeen: *Ambiguities of Domination. Politics, Rhetoric, and Symbols in Contemporary Syria*, University of Chicago 1999.

4 Lesch, David W. (2005). *The new lion of Damascus: Bashar al-Asad and modern Syria*. New Haven and London: Yale University Press, S.92.

5 Sayres Rudy "The Arab Revolts" Mt. Holyoke College lecture, April 12th, 2011.